



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend die Teילהenung der Volksinitiative zum Schutz des Wassers (Verbot von Fracking) wegen Unzulässigkeit - Az: LVerfG 2/18 -

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen
Landesverfassungsgerichts vom 13. Dezember 2018

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner
Sitzung am 16. Januar 2019 abschließend beschäftigt.

Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, wie folgt zu beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt eine Stellungnahme in dem oben genannten Verfahren ab.
2. In der Stellungnahme wird auf die aus Drucksache 19/1016 ersichtliche, von der Mehrheit des Landtags beschlossene, Auffassung verwiesen.
3. Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags wird gebeten, für eine Vertretung durch den Wissenschaftlichen Dienst vor dem Landesverfassungsgericht zu sorgen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende